

## **Zur ökonomischen Orientierung im neuen Grundsatzprogramm der SPD**

*Warum greift die Wirtschaftspolitik nicht mehr?*

*Warum hat die Standard-Ökonomie des politischen Mainstreams versagt?*

*Welche Richtung muss die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik einschlagen?*

Bei der Neuformulierung des Grundsatzprogramms der SPD geht es darum, die Tagespolitik der Partei an eine politische Perspektive zu binden, die sich zugleich an sozialdemokratischen Grundwerten und an den Herausforderungen einer hochgradig vernetzten Welt orientiert. Der Horizont eines Grundsatzprogramms sind nicht die nächsten Wahlen, sondern die nächsten 15 bis 20 Jahre.

Im Rahmen eines solchen Programms stellt die Wirtschaftspolitik ein Herzstück dar. Wohlstand, soziale Sicherheit, die Bewahrung der Lebensgrundlagen, die gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung – ja, die Politik selbst – werden nicht zuletzt davon geprägt werden, wie sich die Ökonomie der Zukunft entwickelt und ob wir noch eine Chance haben, sie zu gestalten. Bereits heute registrieren wir eine Ökonomisierung fast aller Lebensbereiche. Wie soll das weitergehen? Müssen sich Gesellschaft und Demokratie dem Diktat einer supranationalen Ökonomie beugen – oder sollten Sozialdemokraten nicht versuchen, der Demokratie und Politik den Primat zurückzugeben?

Wenn wir diese Fragen beantworten wollen, dann dürfen wir uns nicht in der Standard-Ökonomie eines kurzfristigen Krisenmanagements einmauern lassen (das bisher jeden Erfolg vermissen lässt) und einfach das nachvollziehen, was im politischen Mainstream als unausweichlich propagiert wird. Die Standard-Ökonomie beruht auf Prämissen und Modellen, die unter veränderten Bedingungen weitgehend überholt sind. Und sie dient (oft mit falschem Anspruch auf Wissenschaftlichkeit und „Naturgesetzlichkeit“) auf Sonderinteressen, die nicht primär Gemeinwohl und Nachhaltigkeit im Auge haben.

Dieser Text zielt darauf ab, die Prämissen und Empfehlungen der Standard-Ökonomie zu hinterfragen und auf diesem Hintergrund Schlüsse zu ziehen, in welche Richtung wir Sozialdemokraten die Wirtschaftspolitik weiter entwickeln wollen.

### **Die Standard-Ökonomie greift nicht mehr**

Die Wirtschaftspolitik steckt in der Krise. Sie ist nicht in der Lage, ihre Verheißungen zu erfüllen. Wachstum, Investitionen und Beschäftigung sind in den 80er Jahren schwächer als in den 60er und 70er Jahren. Heute liegen die Werte noch tiefer im Keller. Arbeitslosigkeit, nied-

rigerer Lebensstandard für die meisten Menschen, steigende Armut und Obdachlosigkeit und insgesamt eine immer größere Angst vor sozialer Sicherheit sind die Folge. Dazu kommt, dass die Wirtschaftspolitik nicht die notwendige Brücke schlägt zu ökologischer Nachhaltigkeit und ausreichender Versorgung mit öffentlichen Gütern.

Die ökonomische Theorie, die die herrschende Standard-Ökonomie in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft leitet, ist spätestens im Zuge der Globalisierung in die Jahre gekommen. Sie kann sich nach wie vor auf logisch gültige Theoreme berufen, die *ceteris paribus* (also durch Isolierung von wichtigen Variablen) gewonnen wurden; sie beruht aber in vielfältiger Hinsicht auf Abstraktionen und Axiomen, die in unserer moderne, in Raum und Zeit eng vernetzten und hoch technisierten Welt nicht mehr der Realität und den Anforderungen der Zukunft entsprechen.

Diese Standard-Ökonomie, die im Mainstream der Politik den Ton angibt und Credo in den staatlichen Bürokratien ist, beruht auf den Theoremen des 18. und 19. Jahrhunderts, die die Klassiker (allen voran Adam Smith und David Ricardo) und die Neoklassiker (John St. Mill, Alfred Marshall u.a.) formuliert haben. Sie wurden im 20. Jahrhundert von wissenschaftlichen Protagonisten verfeinert und vor allem von Keynes durch eine makroökonomische Dimension erweitert.

Die Welt hat sich aber spätestens seit der durchgreifenden Liberalisierung, die in den 70er Jahren begann und spätestens in den 80er Jahren in eine die Welt vernetzende Globalisierung mündete, entscheidend verändert. Wir haben es heute mit einem gravierenden Wandel der Bedingungen, mit veränderten gesellschaftlichen Ansprüchen, neuen psycho-sozialen Erkenntnissen und neuen Technologien im Rahmen einer hochkomplexen Welt zu tun. Dies alles konnte von den Klassikern und Neoklassikern noch nicht gesehen werden. Auch nicht von Keynes. Ihre modernen Nachfolger nehmen dies aber nicht zur Kenntnis, obwohl neue Fakten und Probleme zuhauf vor ihren Füßen liegen.

Um die Probleme unserer Zeit und die künftigen Herausforderungen zu lösen, muss der hermetische Kreis, in den sich Unternehmensführer, Wirtschaftswissenschaftler, Politiker und Bürokraten der Standard-Ökonomie eingemauert haben, gesprengt werden. Nur im offenen Dialog mit einer kritischen Theorie und im Blick auf das konkrete Gemeinwohl, nicht aber mit theoretischem Dogmatismus, der sich auf die Maximierung abstrakter wirtschaftlicher Aggregate beschränkt und so primär kurzfristigen Sonderinteressen dient, könnten wir den Ursachen der weltweiten Krise wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung auf den Grund gehen und eine wirtschaftliche und soziale Ordnung fördern, die die Herausforderungen der Zukunft meistern kann.

## **Grenzen und Defizite der Standard-Ökonomie**

1. Die klassische und neoklassische Theorie ist eine Nationalökonomie. Sie beruht auf dem Gedanken, den Wohlstand innerhalb eines gegebenen Staates zu maximieren. Sie postuliert zwar den freien weltweiten Handel, weil die Produktivität um so mehr wächst, je mehr Arbeitsteilung möglich ist und weil durch Handel komparative Vorteile wahrgenommen wer-

den können – sie beruht aber auf der Voraussetzung der Maximierung volkswirtschaftlicher Werte.

Die Begrenzung der Standard-Ökonomie auf eine Volkswirtschaft bzw. die Optimierung der wirtschaftlichen Ziele eines Staates ist bisher nicht überwunden. Sie führt dazu, dass zentrale Bedingungen der Globalisierung bisher nicht berücksichtigt und deshalb von der Politik, die dieser Theorie folgt, auch nicht gelöst werden können. Welche Bedingungen werden bisher vernachlässigt oder unterbewertet?

Zu den wichtigsten, die die Ökonomie aufnehmen muss, zählen die folgenden:

Die Wirkung der internationalen Direktinvestitionen. Sie sind ganz anders zu beurteilen, als die Wirkungen des Handels mit Gütern und Dienstleistungen.

Die Wirkung der zunehmenden globalen Produktionsvernetzung in strategischen Unternehmensallianzen und Konzernen

Die Wirkungen des global fluktuierenden und hoch volatilen internationalen Finanztransfers  
Die Rückwirkungen des Standortwettbewerbs der Staaten auf die nationalen Ökonomien und die Weltkonjunktur. (Staatlicher Verdrängungswettbewerb: oft anstelle unternehmerischen Leistungswettbewerbs).

Das Ganze ergibt sich nicht immer als Summe seiner Teile. Was ökonomisch innerhalb einer Volkswirtschaft sinnvoll sein kann, ist nicht unbedingt vorteilhaft für die Weltwirtschaft. Man denke hier etwa an die Geldschöpfung der USA oder einen etwaigen nationalen oder regionalen Handelsprotektionismus. Das gleiche gilt übrigens auch umgekehrt. Nicht alles, was für die Weltwirtschaft positiv ist, muss auch für alle Nationen so sein. Man denke etwa an eine Art des Freihandels, der den armen Entwicklungsländern keine Chance zum Aufbau einer eigenen industriellen Basis lässt. Logisch falsch ist auch die Gleichsetzung von privatwirtschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Effekten. Wenn – wie heute – fast alle global players mit guten Gewinnmeldungen an die Börse gehen, heißt dies nicht automatisch, dass die Weltwirtschaft boomt. Es kann das Gegenteil bedeuten. Viele Politiker handeln immer noch nach dem Motto: Wenn es den Unternehmen gut geht, dann werden auch Arbeit und Masseneinkommen geschaffen. In der Globalisierung stimmt dies nicht mehr. Das Gegenteil kann eintreten. Und genau an diesem Punkt sind wir heute angekommen.

2. Die Standard-Ökonomie, der der politische Mainstream folgt, beruht nach wie vor auf dem Grundsatz, dass Markt und Wettbewerb die eigentlichen Motoren sind, die unternehmerische Leistung und Innovation maximiert und damit höchste Effektivität und eine optimale Allokation der Produktionsfaktoren gewährleisten. Diese Voraussetzungen sind indessen in der Wirklichkeit zum großen Teil nicht gegeben: Sowohl innerstaatlich wie international wird die Marktfunktion immer mehr durch den Mangel an Wettbewerb (nicht zwischen den Staaten, aber zwischen den großen Unternehmen!) eingeschränkt. Woran liegt dies? Zu den wichtigsten Gründen zählen die folgenden Fakten.

Der Preismechanismus des Marktes – sein Herzstück – registriert nur kurzfristige Knappheiten.

Der in der Theorie verlangte freie Marktzugang für neue Unternehmen ist nicht garantiert.

Grosse und vor allem internationale Unternehmen haben im allgemeinen sehr viel bessere Bedingungen als neue und kleine (oft sehr innovative) Unternehmen: Zugang und Konditionen bei Krediten etc.

Es fehlt an Transparenz und fairer Information für Unternehmen und Konsumenten (u.a. durch Manipulation durch Werbung). Eigenständige Präferenzen können sich deshalb oft nicht durchsetzen.

Der Standortwettbewerb, auf den sich die Staaten politisch willentlich eingelassen haben, veranlasst sie, die klassische Antikonzentration- und kartellpolitik weitgehend aufzugeben.

Statt dessen wächst die Konkurrenz zwischen den Staaten um nationale Standorte zu sichern und Arbeitsplätze zu schützen. Dies hat aber nicht mit der klassischen Bedingung des Marktwettbewerbs zu tun. Im Gegenteil. Die Güter- und Faktormärkte werden dadurch verzerrt.

Auf dem internationalen Parkett fehlt ohnehin jede sanktionsfähige Wettbewerbspolitik.

In einer solchen Bedingungs-lage werden ökonomische Theoreme obsolet, die nach wie vor auf der Voraussetzung eines voll funktionierenden Wettbewerbs aufbauen.

3. Die Standard-Ökonomie geht davon aus, dass bei Wettbewerb, privatem Eigentum an Produktionsmitteln und autonomen Unternehmensentscheidungen die Arbeitsteilung, vermittelt über den Handel, die besten Voraussetzungen bietet, um Effizienz und eine optimale Allokation knapper Produktionsfaktoren – also vor allem Wissen, Kapital, Arbeit und Naturgüter – zu niedrigsten Kosten und nach den Wünschen der Konsumenten zu garantieren.

Es spricht vieles dafür, dass der Markt ein optimaler Mechanismus ist, um eine optimale Allokation knapper Produktionsfaktoren zu ermöglichen. Die Theorie hat aber Grenzen, die in der realen Wirtschaftspolitik nicht berücksichtigt werden. Welche Grenzen?

Das Theorem berücksichtigt nur die zahlungskräftige Nachfrage, nicht aber viel Bedürfnisse, die mangels Kaufkraft oder weil sie immaterieller Natur sind, gar nicht auf dem Markt erscheinen oder erscheinen können. Insofern muss die Allokation über den Markt unvollständig bleiben.

Künftige Knappheiten von Produktionsfaktoren (vor allem Interessen künftiger Generationen, Ressourcen und Umwelt) werden im immer neu aktualisierten kurzfristigen Prozess der Preisbildung nicht berücksichtigt s.o.) Es besteht die inhärente Gefahr, auf Kosten künftiger Generationen zu leben.

Durch immer stärkere Arbeitsteilung kann zwar prinzipiell die Produktivität bei der Erstellung von Gütern und Dienstleistungen erhöht werden. Die menschliche Arbeitsleistung wird aber durch zunehmende Spezialisierung und Kapitalintensität immer mehr entfremdet. Dies wird nicht abgewogen.

Durch die globale Arbeitsteilung können unter bestimmten Bedingungen grundsätzlich zusätzliche komparative Vorteile genutzt werden. Die Arbeitsteilung beinhaltet aber auch negative Effekte, wie etwa den Verlust traditioneller und ganzheitlicher Kenntnisse. Auch hier erfolgt immer eine einseitige Entscheidung für rein ökonomische Ziele – oft zulasten sozialer und kultureller Werte.

4. Die Standard-Ökonomie setzt Wirtschaftsobjekte voraus, die völlig rational handeln

und also ihren ökonomischen Nutzen „vernünftig“ kalkulieren und ihre Leistungsfähigkeit praktisch unbegrenzt zu ihrem eigenen materiellen Vorteil einsetzen. Das ideale Subjekt dieser Theorie ist der rationale, egoistisch auf das Eigeninteresse fixierte homo oeconomicus.

Diese verengt utilitaristische auf Jeremy Bentham zurückgehende und von den Klassikern angenommene Sicht der menschlichen Natur hat sich in der Geschichte nur teilweise als gültig erwiesen. Unter anderem deshalb:

Der Mensch ist nicht – wie der Utilitarismus postuliert – immer nur auf seinen Vorteil bedacht.

Der Mensch lässt sich nicht nur von materiellen Nutzerwägungen leiten.

Er handelt schon gar nicht immer rational (hätten die Werbestrategen sonst eine Chance?).

Der Mensch entfaltet nicht nur im Kampf (Wettbewerb) seine größte Leistung.

Unternehmen und Konsumenten fehlen oft der unbeschränkte Zugang und die nötige Transparenz der Märkte – also notwendige Bedingungen für den Erfolg rationalen präferentiellen Verhaltens.

Eine Ökonomie, die sich immer noch auf dieses verengt materialistische primitive Menschenbild stützt, kann nicht die Grundlage dafür bilden, in einer offenen Weltgesellschaft differenzierte kulturelle Bedürfnisse zu befriedigen. Sie versperrt auch den Blick dafür, dass die künftigen Generationen das gleiche Recht auf Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen haben wie wir.

5. Die Standard-Ökonomie geht (stillschweigend oder trotzig) davon aus, dass die natürlichen Ressourcen grundsätzlich unbegrenzt sind und die natürliche Umwelt der Produktion keine technisch unüberwindbaren Beschränkungen auferlegt. Diese Sicht ist zu eng.

Die natürlichen Ressourcen sind endlich, auch wenn (dann allerdings zu wachsenden Kosten, die das verfügbare Einkommen schmälern) in Zukunft weiter neue Ressourcen entdeckt werden. Die Grenze lässt sich nicht unendlich herauschieben. Oder wollen wir – nach einer tausendjährigen Geschichte – jetzt nur über zwei Generationen hinweg versorgen?

Die global weiter wachsenden Emissionen der Produktion (China, Indien u.a. uns imitierende „nachholende“ Schwellenländer!) verändern die Umwelt in einer Weise, dass nicht nur hier und da die Lebensqualität bedroht ist, sondern auch wachsende Kosten der Umweltreparatur entstehen. Auch sie mindern den Nutzen des weiteren Wachstums.

Die Regenerationsfähigkeit der Natur ist langsamer als das Tempo des zusätzlichen Ressourcenverbrauchs. Hieran vermögen auch Techniker der Einsparung, Miniaturisierung grundsätzlich nichts zu ändern.

6. Adam Smith – und nach ihm auch andere Klassiker und Neoklassiker – ging von der Voraussetzung aus, dass eine Markt- und Wettbewerbsökonomie in einen vom Staat gesetzten Rahmen eingebettet ist, der für Rechtssicherheit, sozialen Ausgleich und Infrastrukturen sorgt. (Die Umweltfrage stand bei den Klassikern und Neoklassikern, aber auch bei Keynes, noch nicht zur Diskussion). Die heute geltende Standard-Ökonomie, die sich so sehr auf Adam Smith beruft, scheint diese von ihm als selbstverständlich erachteten Rahmenbedingungen

der Ökonomie aufgegeben oder „vergessen“ zu haben. In neoliberalen Gewand tritt sie dafür ein, die Aktivität des Staates – nicht nur hinsichtlich wirtschaftlicher Eingriffe – generell weitgehend zurückzudrängen. Verschlinkung! Der Markt wird es richten! Hier ist zu bedenken:

Die Reduktion des Staates auf die „Nachtwächterfunktion“ (also im wesentlichen die Aufrechterhaltung der äußeren und inneren Sicherheit, die Bereitstellung von wirtschaftlich verwertbarer Infrastruktur und Ausbildung) lässt außer acht, dass in der Theorie die Unternehmensentscheidungen ausschließlich auf die maximale Verzinsung des Kapitals gerichtet sind. Die „invisible hand“ des Marktes kann sich auch volkswirtschaftlich (ob global ist sehr fraglich!) zu effizienten ökonomischen Ergebnissen führen. Sie richtet sonst aber nichts! Dies ist jedermann offenbar, der die börsenorientierten Entscheidungen der großen Konzerne und ihrer Manager zur Kenntnis genommen hat, die die sozialen und ökologischen Folgen ihres Handelns nur allzu gern externalisieren (vor allem durch Entlassungen).

Der Markt trägt keine Logik in sich, um menschliche Sicherheit, ausreichende Beschäftigung und ökologische Vorsorge zu sichern. Eine Reduktion des Staates, die dazu führt, dass seine politische und finanzielle Handlungsfähigkeit eingeschränkt wird, wird die allgemeine Wohlfahrt und Sicherheit mindern – abgesehen natürlich von der möglichen Maximierung der Bedürfnisse jener, die kaufkräftig sind.

7. Die Standard-Ökonomie beinhaltet kein Theorem, nach dem die Produktion privat verfügbarer Güter mit der Notwendigkeit gekoppelt ist, ein Minimum an öffentlichen Gütern bereitzustellen. Öffentliche Güter kommen hier als theoretisches Konstrukt nicht vor. Sie bilden praktisch eine nicht diskutierte Restgröße, die vom Finanzierungsspielraum des Staates bestimmt wird. Wenn die Aktivität des Staates zugunsten der Privatisierung von Produktion und zugunsten des Wachstums der privat verfügbaren Güter beschränkt werden soll, so wird die Erstellung öffentlicher Güter (jener Güter, zu denen alle Menschen Zugang haben) zwangsläufig zurückgehen. Dazu ist zu sagen:

Öffentliche Güter erbringen für die Menschen einen Nutzen, deren Wegfall durch eine erweiterte Verfügung über privat verfügbare Güter und Dienste nicht kompensiert werden kann. Öffentliche Güter – wie etwa die kulturelle Infrastruktur, Allgemeinbildung und eine Lehre und Forschung, die auch an kulturellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen orientiert ist – sind langfristig auch eine unverzichtbare Basis einer innovativen wachsenden Wirtschaft und bringen nicht zu unterschätzende Standortvorteile.

In einer auf die Würde und Emanzipation verpflichteten Zivilisation geht es nicht nur um die Maximierung der Menge und Produktivität von Waren und Dienstleistungen – also die inhaltlich neutrale optimale Allokation aufgrund eines zahlungsfähigen Bedarfs ohne Ansehen der Art der Produktion. Ein Teil der gesellschaftlichen natürlichen Ressourcen muss Zielen vorbehalten bleiben, die zu jenem Teil der allgemeinen Wohlfahrt und des gesellschaftlichen Zusammenlebens beitragen, der nicht von Markt und Wettbewerb produziert, sondern nur durch gesellschaftliche Kooperation erbracht werden kann. Dies kann in zivilgesellschaftlichen Gruppen und Verbänden, aber auch in öffentlichen Einrichtungen geschehen.

Die Entscheidung über das Ausmaß öffentlicher und privater Güter ist nicht gleichbedeutend damit, dass der Staat diese Güter produziert. Sie müssen aufgrund einer demokratischen Entscheidung über ihre Finanzierung disponiert, können und sollen aber möglichst privat produ-

ziert werden.

8. Die Ökonomen rechnen falsch. Die alles überragende ökonomische Leitgröße, das Sozialprodukt, sei es als Bruttonsozialprodukt oder als Bruttoinlandsprodukt, gibt keine korrekte Auskunft darüber, ob der Wohlstand oder eine Volkswirtschaft reicher oder ärmer geworden ist. Trotzdem betrachtet die Standard-Ökonomie das Sozialprodukt und vor allem sein Wachstum als Schlüssel für Beschäftigung, Investitionen, staatlichen Gestaltungsspielraum und – eben – allgemeinen Wohlstand. Warum wird – wenn es um Wohlstand durch Wachstum geht – falsch gerechnet? Ich nenne nur vier wichtige Gründe:

Das Sozialprodukt ergibt sich als Summe aller im Marktprozess erzielten Einkommen sämtlicher Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital, Wissen). Es ist identisch mit der Summe aller über den Markt ausgetauschten Güter und Dienstleistungen. Alle Güter und Dienstleistungen, die nicht im Marktprozess erstellt und ausgetauscht werden, werden nicht gezählt. Ein Steifen und Sinken des Sozialprodukts kann also allein durch den Grad verursacht sein, in dem die Menschen am Marktgeschehen teilnehmen bzw. teilnehmen können. Mehr Eigenarbeit im eigenen Haushalt oder vermehrte Schwarzarbeit lassen das Wachstum deshalb automatisch schrumpfen, obwohl dadurch das reale Einkommen der Menschen beträchtlich steigen kann.

Im Sozialprodukt werden alle im Markt erstellten Güter und Dienste gerechnet. Das heisst aber, dass auch Leistungen als positiv gerechnet werden, die für die Menschen keinen Nutzen bringen oder sogar schädlich sind. Mehr fast food bringt Wachstum, macht aber fettleibig, führt deshalb zu mehr Diabetes und lässt die Krankheitskosten steigen. Positiv? Ähnlich verhält es sich mit mehr Autounfällen, Alkoholismus, Waffenhandel etc. etc.

Für die Höhe des Sozialprodukts spielt es keine Rolle, ob durch die Maximierung der jährlich erstellten Produktion die natürlichen Ressourcen so geschmälert werden, dass sie auf Dauer nicht erhalten werden können. Die Standort-Ökonomie denkt und handelt nach dem Grundsatz: Es ist uns schon immer etwas Neues eingefallen! Die Folge ist, dass wir unsere (oft selbst gemachten) Probleme auf Kosten unserer Kinder lösen. Welche Folgen dies haben kann, zeigt uns die Wirkung des extremen Energieverbrauchs auf den Ölpreis und die Rückwirkungen für eben dieses Wachstum. (Heir zeigt sich deutlich eine der Paradoxien der Standard-Ökonomie: Die Steigerung des Wachstums durch hohen Energieverbrauch führt zu künftig niedrigem Energiepotential und dadurch künftig geringeren Wachstumschancen.)

Wachstum ist eine abstrakte, in Geld bewertete aggregierte Rechengröße. Sie sagt – wie oben erwähnt – nichts über den konkreten Nutzen von Gütern und Einkommen. Sie sagt aber auch nichts über die Entwicklung des allgemeinen Wohlstands in einer Volkswirtschaft und in der Weltwirtschaft als Ganzer. Das Sozialprodukt kann ansteigen, obwohl gleichzeitig die Reichen reicher und die Armen ärmer, oder die Minderheit reicher und die Mehrheit ärmer geworden ist. Seit einiger Zeit registrieren wir in den westlichen Industriestaaten genau diese Tendenz. Dies allerdings ist kein Betriebsunfall der Ökonomie, sondern Ergebnis einer bestimmten Logik, wonach eine stärkere Differenzierung der Einkommen zu mehr Leistung und damit wiederum zu mehr Wachstum (ja zu wessen Nutzen?) führen soll. „Neue“ Gerechtigkeit?

9. Verteilung. Für wen treiben wir eigentlich Ökonomie? Die Standard-Ökonomie favorisiert eine Einkommensverteilung, die durch Angebot und Nachfrage auf den Faktormärkten und ein Höchstmaß an Wettbewerb auf Güter- und Faktormärkten (vor allem auch den Ar-

beitsmarkt) quasi urwüchsig im Marktprozess entsteht. Indem die einzelnen Produktionsfaktoren nach ihrer Grenzproduktivität entlohnt werden, wird bewirkt, dass knappe Ressourcen effektiv eingesetzt werden. Unternehmen haben keine soziale Aufgabe. Sie sind nur für optimale Allokationswirkungen unter der Bedingung knapper Faktoren verantwortlich. Den Rest erledigt der \*\*\*\*\* Folgerungen:

Die ganze Last der Umverteilung des Sozialprodukts wird auf den Staat abgewälzt. Er muss die primäre Einkommensverteilung durch den Markt durch einen sekundären öffentlichen Akt korrigieren, um wenigstens die größten Einkommensdifferenzen auszugleichen und ein Minimum an sozialer Zukunftssicherung zu sichern. Dies gilt natürlich vor allem für jene Marktteilnehmer, die den Menschen kein Existenzminimum mehr garantieren.

Die Transfersumme, die nötig ist, um diesen Umverteilungsprozess durchzuführen, ist umso höher, je mehr die primäre Einkommensverteilung das „Ideal“ der Standard-Ökonomie erreicht. Dies trifft auf massiven Widerstand. Vielen, die hohe Einkommen beziehen, gelten die Steuern und Sozialabgaben, die für den Transfer notwendig sind (und sie sind ja umso höher, je größer die Arbeitslosigkeit und je schlechter die primären Einkommen sind) schlicht als öffentlicher Diebstahl an wohlverdienem Leistungseinkommen. Andere wehren sich gegen hohe Transfers, weil dadurch die Kosten der Arbeit und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit gemindert wird.

Die primäre Einkommensverteilung wird zu umso niedrigerem Einkommen führen (und damit zu umso stärkerer sekundärer Korrektur, wenn soziale Sicherheit erhalten werden soll) je größer das Wettbewerbsfeld ist. Das heißt: Je mehr internationale Liberalisierung und noch mehr Privatisierung umso niedriger werden bei einem globalen Feld der Investitions- und Produktionsmöglichkeiten die Entlohnung für Arbeit sein. Sie würden bei totaler Globalisierung tendenziell auf das Niveau armer Entwicklungsländer fallen, wenn nicht noch auf geraume Zeit Vorsprünge der Industriestaaten hinsichtlich Wissen, Technologie und Infrastruktur bestehen bleiben werden. Wir sollten uns darauf aber nicht ausruhen. In China, Indien und auch in Bangladesch wartet eine rapide wachsende intelligente Schicht junger Menschen auf die Arbeit, die heute noch bei uns getan werden kann. Lange wird das nicht mehr dauern.

Dass ernsthafte Wissenschaftler und Politiker sowie alle globalen Wirtschaftsinstitutionen immer noch an der bisherigen Definition des Wachstums festhalten, ist ein Unding. Es lässt sich nur damit erklären, dass sie nur so ihre Sonderinteressen wahren können. Bei den Konzernführern geht es um Macht und Supergehälter. Viele Standard-Wissenschaftler möchten ihre lieb gewonnenen Axiome, die eleganten akademischen Modelle und schon gar nicht ihre oft einträgliche Funktion als Ökonomie-Gurus nicht aufgeben. Politikern, die heute Wirtschaftspolitik treiben, geht es primär um die nächsten Wahlen – und da ist es immer besser, sich im Mainstream zu bewegen. Sie verstehen ohnehin meist viel zu wenig von der Sache, verlassen sich also blind auf die ökonomischen Standards oder sind schon persönlich mit den großen Unternehmensinteressen verfilzt. Man denke an den amerikanischen Präsidenten, seinen Vize und seinen Verteidigungsminister. Ähnliches – allerdings sicher in kleinerem Maßstab – gibt es auch in europäischen Ländern. Auch hier hat sich ein hermetischer Kreis von Unternehmensführern und Wirtschaftswissenschaftlern, Politikern und Bürokraten gebildet, die über die Standard-Ökonomie nicht mehr hinausdenken oder aber sie als Schutzschild zur Bewahrung von Sonderinteressen nutzen.



## **Orientierungen für die Richtung der künftigen Wirtschaftspolitik**

Viele Grunderkenntnisse der klassischen und neoklassischen Theorie, auf denen die Standard-Ökonomie beruht, sind auch heute logisch immer noch gültig. Viele ihrer Annahmen und Theorien über menschliches Verhalten und Natur, über soziale und ökologische Bedingungen, über politische und kulturelle Rahmenbedingungen sind aber im Zeichen einer hoch komplexen, technisierten und vernetzten Welt sowie neuen zivilisatorischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und Ansprüchen obsolet geworden.

Die Ökonomie der Zukunft muss auf neue Füße gestellt werden.

Nicht zuletzt zeigen das die negativen empirischen Trends in den westlichen Industriestaaten hinsichtlich Wachstum, Verteilung, Arbeitslosigkeit, sozialer und ökologischer Sicherheit.

Im Rahmen einer kurzen Studie kann ich nur die Richtung angeben, in die eine soziale und ökologisch verantwortliche Wirtschaftspolitik gehen müsste, um die Ansprüche einer zukunftsfähigen sozialen Demokratie zu erfüllen. Es geht also nicht um die Utopie einer künftigen Wirtschaft und Gesellschaft, sondern um die Richtung, in die ein neues Grundsatzprogramm weisen muss.

Eine Ökonomie unter den Bedingungen der Globalisierung muss die Wirkung der internationalen Direktinvestitionen und Produktionsvernetzung, der internationalen Finanzfluktuation und des staatlichen Standortwettbewerbs auf Wachstum, Beschäftigung und soziale und ökologische Sicherheit analysieren und daraus wirtschaftspolitische Empfehlungen – insbesondere auch im Hinblick auf das künftige Maß der Liberalisierung – ableiten.

Hinsichtlich Markt und Wettbewerb sind auf nationaler, vor allem aber internationaler Ebene, stärkere Vorkehrung für die Erhaltung des Wettbewerbs zu treffen. Es muss endlich eine internationale Wettbewerbsordnung für Unternehmen geschaffen werden, damit der Wettbewerb der Staaten deren soziale und ökologische Kompetenz nicht aushebelt. Die nationale Wirtschaftspolitik könnte eine Reihe von Schritten unternehmen, um kleine Unternehmen und Arbeitnehmer nicht völlig schutzlos dem staatlichen Standortwettbewerb auszuliefern. Dazu gehörte beispielsweise, Investitionen im Inland (wo ja die entsprechenden Gewinne erzielt wurden) steuerlich zu begünstigen.

Jede Ökonomie muss und soll am Prinzip der Arbeitsteilung festhalten. Die künftige Wirtschaftspolitik darf aber nur so weit alle Grenzen für den Austausch von Gütern und Diensten, Kapital und Arbeit schleifen, als die Politik fähig ist, die Folgen der wirtschaftlichen Öffnung und Vernetzung in einem offenen demokratischen Prozess zu verantworten und mit sozialen, ökologischen und kulturellen Zielen abzugleichen. Eine Liberalisierungspause, die vor allem den Kapitalverkehr betreffen sollte, darf kein Tabu sein. Die Tobinsteuer wäre eine viel zu schwache Maßnahme.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik muss sich stärker als bisher mit anderen demokratischen Zielen vernetzen. Der homo oeconomicus kann eine modellorientierte Funktion unter restriktiven Bedingungen haben. Er kann aber nicht Leitbild und anthropologische Grundlagen der praktischen Politik sein. Wirtschaftspolitik muss von einem realistischen Menschenbild ausgehen – als stärker von den konkreten Bedürfnissen (aller) und weniger von abstrakten

aggregierten und durchschnittlichen Daten.

Eine zukunftsfähige Ökonomie muss davon ausgehen, dass in der kurzen Frist nur noch soviel Ressourcen verbraucht werden dürfen, wie dies unter dem Kriterium langfristiger Nachhaltigkeit möglich ist. Die Industriestaaten müssen sich darüber klar sein, dass sie heute nicht auf Kosten der Zukunft und anderer Länder leben können und ihre aktuellen Probleme bewältigen müssen. Ein Raubbau der Natur auf Kosten unserer Kinder und anderer Bürger dieser Welt trägt kriminelle Züge: Er bestiehlt und tötet Menschen.

Eine neue Ökonomie muss bereit sein, die idealen Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsstarken Markt zu schaffen, gleichzeitig aber einen erweiterten gedanklichen Raum schaffen, damit der Staat den Markt sozial und ökologisch flankieren kann. Die Politik sollte hier wieder von Adam Smith lernen. Die längst bekannten Defizite und Unvollkommenheiten des Marktes müssen unter Aufrechterhaltung seiner ökonomisch begrenzten Funktion berücksichtigt werden. Dies gilt national, zunehmend aber auch international. Wir müssen uns für europäische und globale Institutionen einsetzen, die soziale und ökologische Verwerfungen durch rein betriebswirtschaftlich motivierten Fluss von Gütern, Investitionen, Kapital und Arbeit verhindern.

Öffentliche Güter dürfen in Zukunft keine politisch nicht entscheidungsfähige Restgröße der Märkte und privaten Interessen bilden. Sie müssen – genauso wie die regenerierbaren natürlichen Ressourcen - den Rahmen für das Maximum privat verfügbarer Güter und Einkommen darstellen, der demokratisch entschieden wird. Nur so lässt sich für alle Menschen in einer Gesellschaft ein Maximum an sozialer Sicherheit, ökologischer Nachhaltigkeit und kultureller Teilhabe und Entwicklung gewährleisten, das dem Grundwert der Menschenwürde entspricht.

Das herkömmlich definierte Sozialprodukt als zentrale wirtschaftspolitische Leitgröße muss abgelöst oder neu definiert werden. Der davon angeleitete Begriff des Wachstums führt in die Irre. Zentrale wirtschaftspolitische Orientierung – vernetzt mit sozialen und ökologischen Belangen – sollte ein jährlicher Wohlstandsbericht sein. Er kann vom bisherigen Begriff des Sozialprodukts ausgehen, muss aber die oben aufgeführten wirtschaftlich, sozial und ökologisch relevanten Korrekturen in vollem Umfang berücksichtigen. Ein solcher Wohlstandsbericht muss u.a. – um die kurzfristigen ökonomischen Wirkungen auf Nachhaltigkeit darzustellen – ökologische Abschreibungen enthalten, soweit der Naturbestand gemindert wird. Dies ist eine schwierige Aufgabe, insbesondere deshalb, weil die Ressourcen nicht gleichmäßig verteilt sind. Überlegungen gehen hier in die Richtung, einen Ausgleichsmechanismus zwischen Ländern mit extremem Ressourcenverbrauch und Ländern mit hoher Ressourcenausbeutung zu schaffen.

Die Frage der Einkommensverteilung ist angesichts der Globalisierung unter Gesichtspunkten der Gerechtigkeit und sozialer Sicherung nur möglich, wenn die Staaten sich international auf ein Minimum an fairen sozialpolitischen und/oder steuerpolitischen Regeln verständigen. Widersprüchliche Interessen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sind hier nicht auszuschließen. Ohne internationale Mindestnormen hinsichtlich Einkommenssicherung und Arbeit werden die Arbeitnehmer der westlichen Industriestaaten in nicht zu ferner Zeit unweigerlich die Zeche der wirtschaftlichen Globalisierung bezahlen müssen. Entwicklungspolitik sollte in anderer Weise betrieben werden.

## **Zum Schluss:**

Korrekturen der Standard-Ökonomie (Washington Consensus) sind selbstverständlich nur Stück für Stück durchsetzbar. Nur Weniges ist zunächst national leistbar, da alle Staaten in einer ähnlichen globalen Bedingungslage stecken. Viele Korrekturen bedürfen auch weltregionaler oder gar neuer globaler Regeln.

Auch Deutschland, noch ein relativ starker Industriestaat, befindet sich in Sachzwängen. Aber nicht alles, was die Wirtschaftspolitik heute akzeptiert, ist Sachzwang. Stück für Stück ist es möglich, nicht nur stärker national zu korrigieren, sondern auch einen stärkeren Einfluss in Europa und in den Weltorganisationen geltend zu machen. Dies wird bisher nicht im nötigen Maß getan. Die Bundesregierungen zogen bisher im Grunde nur nach, was die großen Unternehmen und die anderen großen Industriestaaten, vor allem die USA, als Maximum vorgeben. Anders ist das unverantwortlich hohe Tempo der wirtschaftlichen Globalisierung (ohne Vorsorge für die politisch flankierenden Maßnahmen) nicht denkbar. Die Globalisierung hat sich nicht quasi urwüchsig entwickelt. Sie war das Ergebnis erkennbarer Interessen und bewusster politischer Entscheidungen.